

II-4417 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2294/J

1988 -06- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Ewald Nowotny, Alois Roppert, Dr. Lothar Müller
und Genossen

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend Berichte über angebliche Pläne zur Umstrukturierung der militärischen Landesverteidigung in Österreich.

Am 26. Mai 1988 erschien in der Tageszeitung "Kurier" auf der Titelseite eine Meldung, derzufolge österreichische Militärs die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen durch den INF Vertrag zum Vorwand nehmen wollen um das bisherige Konzept der militärischen Landesverteidigung umzukrempeln und Pläne zu entwickeln, denzufolge die Verteidigung durch die Massierung von Truppen und Gerät vorwiegend in einigen wenigen Zonen erfolgen sollte. Boden-Luftraketen sollten diese Massierungen gegen Angriffe aus der Luft schützen.

Am 19. März 1988 kolportierte ebenfalls der Kurier einen Ausspruch des ÖVP Abgeordneten Andreas Khol, demzufolge "die Landesverteidigung gerade in der Folge des INF Vertrages gestärkt werden müßte es gäbe nur eine einfache Antwort: aufrüsten".

Am 14. Mai 1988 war in der steirischen Zeitung "Neue Zeit" ebenfalls eine Meldung erschienen, derzufolge in Ihrem Ministerium ein Papier zirkuliert, das glauben machen möchte, daß sich durch den INF Vertrag die sicherheitspolitische Situation in Mitteleuropa "destabilisiert" hätte. Hohe Militärs hätten daraus den Schluß gezogen, daß die Verteidigung durch schweres Gerät, durch Panzer, Kampfhubschrauber und Artillerie, also durch eine milizfeindliche Ausrüstung zu stärken sei. In die selbe Richtung einer Abwertung des Milizsystems würde auch die Forderung nach einem Ausbau der Bereitschaftsgruppe zielen. Dagegen sollte der Jagdkampf - eine Hauptstütze der Raumverteidigung - abgewertet werden.

Im Lichte dieser Meldungen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e n :

- 1) Halten Sie es für denkbar und möglich, daß diese Meldungen den Tatsachen insoweit entsprechen, als hohe Offiziere Ihres Ministeriums eine von beiden Militärpakten begrüßte Abrüstungsmaßnahme zum Vorwand nehmen um von bisherigen Grundsätzen der österreichischen Bundesregierung abzurücken?
- 2) Hat man Sie von solchen Überlegungen informiert?
- 3) Haben Sie, falls dies nicht zutreffen sollte, von sich aus die Initiative ergriffen, um festzustellen, welcher Sachverhalt sich hinter diesen Zeitungsmeldungen verbirgt?
- 4) Haben Sie, für den Fall, daß Sie sich von der Stichhaltigkeit dieser Zeitungsmeldung überzeugen konnten, die betreffenden Offiziere energisch zur Rede gestellt und haben Sie sie auf den Schaden aufmerksam gemacht, der dem österreichischen Bundesheer notwendiger Weise erwachsen müßte, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, daß einzelne Offiziere meinen, sich über jene Vorgaben hinwegsetzen zu können, die der militärischen Landesverteidigung durch den im Konsens von allen Parteien beschlossenen Landesverteidigungsplan gegeben wurden?
- 5) Ist Ihnen bewußt, daß der im "Kurier" kolportierte Plan, Gefechtsfeldlenk Waffen hauptsächlich zum Schutz enger und dichter Truppenkonzentrationen zu verwenden, auch den Konsens in Frage stellt, der darüber besteht, daß solche Gefechtsfeldslenk Waffen angeschafft werden sollten; da dieser Konsens ja auf der Annahme beruht, daß durch diese modernen Waffen nur die im Landesverteidigungsplan vorgesehene dezentralisiertere Verteidigung gestützt wird?
- 6) Sind Sie bereit sich in aller Öffentlichkeit und mit dem notwendigen Nachdruck von diesen in Zeitungsmeldungen kolportierten Plänen zu distanzieren und festzustellen, daß die österreichische militärische Landesverteidigung nicht nach solchen Überlegungen umgestaltet, sondern zielstrebig nach jenen Richtlinien ausgebaut wird, über die politischer Konsens in Österreich entsteht?